

**Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsaussichten
der schweizerischen Wirtschaft an der Schwelle
des 21. Jahrhunderts**

**Referat von
Dr. Jean-Pierre Roth
Präsident des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank**

**55. Generalversammlung
der Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland
Mittwoch, 9. Mai 2001**

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich auf die Gelegenheit, heute bei Ihnen zu sprechen. Ihre Vereinigung zählt die führenden Schweizer Firmen zu ihren Mitgliedern. Sie sind in unserem Land verankert, mit mindestens einem ausländischen Standort - mit Deutschland - bestens vertraut und seit jeher dem Wettbewerb ausgesetzt. Ihr Kreis schien mir deshalb besonders geeignet, um das Thema Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsaussichten der Schweizer Wirtschaft zu diskutieren.

Die schweizerische Wirtschaft befindet sich heute in einer guten und ausgewogenen Verfassung. Von 1997 bis 2000 wuchs das reale Bruttoinlandprodukt um durchschnittlich 2,2%, im letzten Jahr um 3,4%. Besonders erfreulich war der rasche Rückgang der Arbeitslosigkeit. Es herrscht heute wieder Vollbeschäftigung. In den letzten Monaten hat sich zwar das internationale Umfeld eingetrübt. Dank einer robusten Binnennachfrage können wir aber für das laufende Jahr weiterhin mit einem ansehnlichen Wirtschaftswachstum rechnen.

Wenige hätten noch vor ein paar Jahren diesen Umschwung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt für möglich gehalten. Die Rezession und Stagnation der neunziger Jahre hatte viele entmutigt und das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft untergraben. Wo liegen die Gründe für den Stimmungswandel? Die Erholung der Weltwirtschaft und die Beruhigung der Wechselkurslage haben zweifellos dazu beigetragen. Ebenso wichtig ist aber, was in den neunziger Jahren getan wurde, um der Wirtschaft neue Impulse zu verleihen. Dazu gehören die tiefgreifende Umstrukturierung vieler Betriebe, die Deregulierung und Liberalisierung der Märkte sowie das Erarbeiten neuer wirtschaftspolitischer Lösungen.

Ich werde im folgenden zuerst kurz auf die neunziger Jahre zurückblicken. Im zweiten Teil geht es um die Frage, ob die schweizerische Wirtschaft als Ganzes wettbewerbsfähiger geworden ist. Mit ein paar Schlussbemerkungen beende ich mein Referat.

I Neunziger Jahre - Stagnation und rascher Wandel

Über den Begriff der Wettbewerbsfähigkeit möchte ich nicht viele Worte verlieren. Für die Unternehmen bedeutet sie die Fähigkeit, im Vergleich mit anderen Unternehmen zu bestehen, Produkte und Dienstleistungen im In- und Ausland zu verkaufen und wenn möglich Marktanteile zu gewinnen. Die unternehmerischen Leistungen und die betriebswirtschaftlichen Kosten stehen im Vordergrund. Ein Unternehmen muss mit seinen Konkurrenten Schritt halten, um sich im Markt behaupten zu können. Gelingt ihm dies nicht, verschwindet es über kurz oder lang von der Bildfläche.

Die volkswirtschaftliche Sicht der Wettbewerbsfähigkeit bringt eine zusätzliche Dimension. Es geht um die Fähigkeit einer Volkswirtschaft als Ganzes, nachhaltigen Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen. Im Unterschied zu einem Unternehmen geht ein Land selbst bei einer schlechten Wirtschaftspolitik nicht Konkurs; der Lebensstandard der Bevölkerung kann allerdings fast beliebig sinken. Als grobes Mass für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes dient das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung. Ich konzentriere mich heute auf die volkswirtschaftliche Sicht. Selbstverständlich kommt auch aus dieser Perspektive den Unternehmen eine zentrale Bedeutung zu. Ohne vitale und innovative Unternehmen gibt es weder Wohlstand noch Beschäftigung.

In den neunziger Jahren ist in der Schweiz vieles in Gang gekommen. Gleichzeitig war diese Zeit über eine weite Strecke hinweg von Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit geprägt. Auf beide Aspekte möchte ich kurz eingehen.

Ich beginne mit dem Wandel. Die Beschäftigungsstruktur verlagerte sich weiter in Richtung Dienstleistungssektor. Heute beschäftigt dieser Sektor fast 70% der Erwerbstätigen, während der Anteil der Industrie auf gut einen Viertel schrumpfte. Neue Branchen wie die Informatik gewannen rasch an Bedeutung. Ende der achtziger Jahre waren im Bereich der Informatik- und Unternehmensdienstleistungen 6% der Erwerbstätigen tätig, zehn Jahre später waren es 9%. Nicht eingerechnet sind darin all jene Spezialisten, die in den Betrieben und in der Verwaltung dafür sorgen, dass die Computersysteme laufen.

Zweitens stieg die Arbeitsproduktivität. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung pro Erwerbstätigen stieg um 1% pro Jahr, nachdem sie in den achtziger Jahren stagniert hatte. Eindrücklich waren die Produktivitätsfortschritte in der Industrie. Bescheiden fielen sie da-

gegen im Dienstleistungssektor aus. Bedenkt man, dass die Produktivität in diesem Sektor in den achtziger Jahren deutlich zurückgegangen war, so muss auch ein minimales Wachstum als Erfolg gewertet werden. Der Abbau obsolet gewordener Regulierungen und die verstärkte Konkurrenz aus dem Ausland verliehen auch diesem bis anhin weitgehend abgeschotteten Sektor mehr Dynamik.

Ein dritter Aspekt des Wandels ist die steigende internationale Arbeitsteilung: ein immer grösserer Anteil der schweizerischen Produktion geht ins Ausland; gleichzeitig wird die inländische Nachfrage mehr und mehr durch Einfuhren gedeckt. Die Verflechtung nahm bei den Industriegütern stärker zu als bei den Dienstleistungen, die zu einem überwiegenden Teil an den Standort gebunden sind. Eine wichtige Dienstleistungsbranche - der Finanzsektor - ist indessen heute global tätig.

Die wachsende internationale Verflechtung zeigt sich insbesondere bei den Direktinvestitionen. Es gibt zahlreiche Gründe, weshalb sich Firmen im Ausland engagieren. Markterschliessung und Ausnutzung günstigerer Produktionsbedingungen gehören dazu. Die neuen Kommunikationsmöglichkeiten haben die Globalisierungstendenz verstärkt. So wuchs der Kapitalbestand schweizerischer Unternehmen im Ausland zwischen 1990 und 1999 von 85 Mrd. auf mehr als 300 Mrd. Franken. Besonders dynamisch entwickelten sich die Direktinvestitionen der Dienstleistungsunternehmen. Ihr Anteil am gesamten Kapitalbestand stieg von 41% auf 66%. Etwas weniger dynamisch, aber ebenfalls beachtlich, entwickelten sich die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in der Schweiz. Auslandengagements von Unternehmen waren schon immer wichtige Vehikel für den Technologietransfer. Sie fördern die Verbreitung des technologischen Fortschritts und tragen damit dazu bei, dass die Wachstumsmöglichkeiten weltweit zunehmen.

Ein letzter Punkt gilt dem Wandel im wirtschaftspolitischen Bereich, dem ich besondere Bedeutung beimesse. Ich denke an das Binnenmarktgesetz und die Totalrevision des Kartellgesetzes, die Einführung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Neuorientierung der Landwirtschaft, die Reform des Bildungswesens sowie die Liberalisierung und Deregulierung bei den öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere im Telekommunikationsbereich. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatten den Blick für notwendige Änderungen geschärft. Ein wichtiger Anstoss ging aber auch vom entstehenden gemeinsamen europäischen Markt aus. Er führte klar vor Augen, dass die stark kartellierte und reglementierte Binnenwirtschaft

für den Exportsektor zu einer Hypothek geworden war, die seine Chancen auf dem europäischen Markt verringerte.

Für viele sind die neunziger Jahre jedoch nicht wegen den Neuerungen in Erinnerung, sondern wegen der hohen Arbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Problemen in Schlüsselbereichen der schweizerischen Wirtschaft.

Die neunziger Jahre brachten die Schweiz an den Schluss der Wachstumsparade der Industrieländer. Zunächst handelte es sich um die unvermeidbare Korrektur der konjunkturellen Überhitzung und der Exzesse namentlich im Immobiliensektor, die das Ende der achtziger Jahre geprägt hatten. Die restriktive Geldpolitik, welche nötig wurde, um die Inflation zu bekämpfen, brachte die Spekulationsblase im Immobiliensektor zum Platzen. Es folgten schmerzhafteste Strukturbereinigungen bei den Banken und in der Bauwirtschaft. Auch die Bemühungen, die Staatsfinanzen trotz sinkender Einnahmen nicht allzu stark aus dem Lot geraten zu lassen, war einer raschen Überwindung der Rezession nicht förderlich.

Eine zusätzliche Belastung waren die Wechselkursturbulenzen. In zwei Schüben brach im Sommer 1992 und 1993 das Europäische Währungssystem zusammen. Dazu kam Anfang 1995 die Dollarkrise. Der Franken diente als Fluchtwährung, nicht zuletzt weil bezüglich der geplanten Einführung der Europäischen Gemeinschaftswährung grosse Unsicherheit herrschte. Real und exportgewichtet lag der Franken im Durchschnitt von 1995 um 15% höher als im Jahre 1992. Die Währungsturbulenzen - vor allem die massive Abwertung der Lira und des Pfundes - gingen auch an Deutschland und Frankreich nicht spurlos vorüber. Die deutsche und die französische Wirtschaft wuchsen von 1993-1996 lediglich um knapp 1% pro Jahr und die Arbeitslosigkeit stieg deutlich an. Die ausgeprägte Wachstumsschwäche bei den beiden wichtigen Handelspartnern, in die ein Drittel unserer Exporte geht, blieb nicht ohne Folgen für die schweizerische Wirtschaft.

Dass die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Unternehmen unter dem wechselkursbedingten Kostenschub litt, ist unbestritten. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, was man dagegen hätte unternehmen können. Die Nationalbank lockerte die Geldpolitik von Mitte 1992 bis 1994 und dann erneut im Jahre 1995 stark. Bis Ende 1995 sanken die kurzfristigen Zinssätze um acht Prozentpunkte auf 1,5%; damit fiel der Zinsrückgang erheblich stärker aus als in Deutschland. Geht es der Wirtschaft schlecht, so richtet sich das Augen-

merk regelmässig auf die Zentralbanken. Dies ist auch in der Schweiz der Fall. Manche behaupten, dass eine noch aggressivere Zinssenkung die schwierige Lage der schweizerischen Wirtschaft spürbar gemildert hätte. Andere glauben, die Inflation wäre auch mit einer weniger restriktiven Geldpolitik gewichen und wieder andere sehen den Hauptfehler der Nationalbank in der zu expansiven Geldpolitik der späteren achtziger Jahre. Eine Analyse der vergangenen Geldpolitik vermittelt wichtige Einsichten. Bei allen retrospektiven Untersuchungen besteht indessen die grundlegende Schwierigkeit darin, die früheren Entscheidungssituationen angemessen zu rekonstruieren: Welche Informationen standen jeweils zur Verfügung, welches waren die Unsicherheiten und die Risiken. Nur so kann fair beurteilt werden, ob alternative Handlungsweisen in der Realität überhaupt bestanden.

Aus heutiger Sicht muss der damaligen Notenbankleitung attestiert werden, dass ihr klares Ziel, die Preisstabilität wiederherzustellen, die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik nachhaltig gestärkt hat. Dies kommt der schweizerischen Volkswirtschaft heute unter anderem in Form eines tiefen Zinsniveaus zu gute. Was wir nach den damaligen Erfahrungen anders tun würden, betrifft sicher die Kommunikation der Geldpolitik. Wir würden betonen, dass die Nationalbank die Wechselkursentwicklung bei ihren geldpolitischen Entscheiden berücksichtigt, wie dies auch effektiv der Fall gewesen war. In einem stark mit dem Ausland verflochtenen Land wie der Schweiz ist dies selbstverständlich und zwar unabhängig davon, ob wir wie damals eine geldmengenorientierte Geldpolitik führten oder wie heute ein breiter abgestütztes Stabilitätskonzept verfolgen. Zugegeben, eine transparentere und einfachere Kommunikation hätte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht beseitigt. Gewisse Missverständnisse und oft fruchtlose, ideologisch gefärbte Debatten über die Geldpolitik hätten aber vermutlich vermieden werden können.

Lassen Sie mich damit den Rückblick auf die neunziger Jahre schliessen und einen Blick in die Zukunft werfen.

II Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsaussichten der schweizerischen Wirtschaft

Ist die schweizerische Wirtschaft wettbewerbsfähig? Wenn wir uns an die Definition der Europäischen Kommission halten, besteht daran kein Zweifel: Eine Wirtschaft gilt nämlich dann als wettbewerbsfähig, wenn sie einen hohen und wachsenden Lebensstandard für die heimische Bevölkerung nachhaltig erwirtschaftet und einen hohen Beschäftigungsgrad ermöglicht. Die Schweiz weist pro Kopf das viert höchste Bruttoinlandprodukt der Welt auf. Sie hat von allen OECD-Ländern den höchsten Beschäftigungsgrad und erfreut sich einer vergleichsweise sehr guten Umweltqualität.

Wohlstand ergibt sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Dazu gehören stabile makroökonomische Rahmenbedingungen wie eine niedrige Teuerung, tiefe Zinsen, vernünftige Steuern und Rechtssicherheit. Förderlich sind weiter eine mässige Regulierungsdichte, die Integration der Wirtschaft in die Weltwirtschaft sowie ein effizientes Finanzsystem. Und nicht wegzudenken sind schliesslich ein hochstehendes und offenes Bildungssystem, ein flexibler Arbeitsmarkt und eine gut funktionierende Infrastruktur. All diese Faktoren führen dazu, dass die Arbeitskräfte gut ausgebildet sind, reichlich physisches Kapital und Humankapital gebildet wird und in der Technologie Fortschritte erzielt werden können. Dem technischen Fortschritt und der Innovationsfähigkeit der Unternehmen kommt eine Schlüsselrolle zu. Sie sind die Grundlage für die Erhöhung der Produktivität und damit die Basis für den steigenden Lebensstandard der Bevölkerung.

Das Wirtschaftswachstum fiel in der Schweiz seit 1975 geringer aus als in den meisten anderen Industrieländern und der Wohlstandsvorsprung zum Ausland verkleinerte sich. Dies dürfte selbst dann der Fall sein, wenn man die schwierigen Messprobleme in Rechnung stellt und die Tatsache berücksichtigt, dass die Schweiz bereits seit langem über einen hohen Lebensstandard verfügt. Ein wichtiger Grund für das schlechte Abschneiden der Schweiz sind die Verkrustungen in der Binnenwirtschaft. In diese Richtung weist die bereits erwähnte rückläufige Produktivität des Dienstleistungssektors in den achtziger Jahren, aber auch das überhöhte inländische Preisniveau. Mit dem Binnenmarktgesetz und der Revision des Kartellgesetzes hatte man denn auch klar solche wachstumshemmenden Fehlentwicklungen im Visier.

Seit ein paar Jahren gibt es Anzeichen, dass sich die Wachstumsmöglichkeiten der schweizerischen Wirtschaft verbessert haben. Denkt man an die tiefgreifenden Strukturanpassungen, die Deregulierungs- und Liberalisierungsmassnahmen und den technologischen Fortschritt der letzten Jahre, so ist dies plausibel. In der Tat zeigen Berechnungen, dass das höhere Trendwachstum nicht daher kommt, weil lediglich mehr gearbeitet wird. Es lässt sich teilweise durch einen verstärkten Kapitaleinsatz, vor allem aber durch die Erhöhung der sogenannten Gesamtfaktorproduktivität erklären. Dieses geheimnisvolle Residuum fängt all diejenigen Beiträge zum Wirtschaftswachstum auf, die sich nicht durch einen vermehrten Einsatz von Arbeit und Kapital erklären lassen. Der technische Fortschritt etwa im Kommunikations- und Informatikbereich spiegelt sich darin ebenso wie die positiven Auswirkungen von Deregulierung und Liberalisierung.

Wie kann diese vielversprechende Tendenz gestärkt werden? Patentrezepte gibt es keine - angesetzt werden muss bei allen Faktoren.

Vom Arbeitskräfteangebot gingen - wie erwähnt - in den letzten Jahren keine nennenswerten Wachstumsimpulse aus. Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wächst kaum mehr. Indessen stagnierte auch die Erwerbsquote, die bis in die neunziger Jahre kontinuierlich gestiegen war. Ein Rückgang der Erwerbsquote wäre nicht im volkswirtschaftlichen Interesse, allein schon nicht im Hinblick auf die Finanzierung der Altersvorsorge. Ein mögliches Handlungsfeld sind Änderungen im Steuersystem, welche vermehrte Arbeitsanreize schaffen. Bewahrt werden muss auf jeden Fall unsere Arbeitsmarktpolitik, die ein vernünftiges Mass an Arbeitnehmerschutz und an Flexibilität enthält und damit wesentlich dazu beitrug, dass die Arbeitslosigkeit rasch abgebaut werden konnte. Mitunter wird auch auf die Notwendigkeit einer verstärkten Immigration hingewiesen. Dabei gilt es aber zu bedenken, dass ein Breitenwachstum nicht automatisch auch den durchschnittlichen Lebensstandard der Bevölkerung hebt.

Der Einsatz von Kapital spielt in der Schweiz angesichts der knappen Arbeitsressourcen eine bedeutende Rolle für das Wirtschaftswachstum. Die vergleichsweise hohe Investitionsquote und Kapitalausstattung werden dabei durch die tiefen nominellen und realen Zinssätze begünstigt. Diese wiederum sind Ausdruck der hohen Spartätigkeit in der Schweiz, der langen Stabilitätstradition und des geringen Inflationsrisikos. Diese Vorteile gilt es weiterhin zu bewahren.

Klar ist schliesslich, dass die Strukturreformen, welche an die Hand genommen wurden, fortgesetzt werden müssen. So lassen sich beispielsweise mit der Verschärfung des Kartellgesetzes, die der Bund kürzlich vorgeschlagen hat, die Wettbewerbskräfte weiter stärken. Das Bildungswesen muss auf allen Ebenen den neuen Erfordernissen angepasst werden. Andere Massnahmen wie die Liberalisierung der Landwirtschaft, die Deregulierung im Energiesektor und die Förderung des Wettbewerbs innerhalb der Schweiz sind wichtig, um das immer noch überhöhte inländische Preisniveau zu senken.

Angesprochen ist schliesslich auch die Finanz- und Geldpolitik. Die Bedeutung gesunder Staatsfinanzen und einer moderaten Besteuerung für das Wirtschaftswachstum ist seit langem bekannt. Hohe Defizite erhöhen die Unsicherheit und schränken die Flexibilität des Staates ein. Eine hohe Steuerlast wirkt sich negativ auf die Arbeitsleistung aus.

Was die Geldpolitik betrifft, so besteht ein breiter Konsens, dass stabile monetäre Rahmenbedingungen das Wirtschaftswachstum fördern. Die Nationalbank wird deshalb weiterhin bestrebt sein, einen hohen Grad an Preisstabilität zu gewährleisten.

Der kräftige Wirtschaftsaufschwung bei niedriger Teuerung hat in der Schweiz dem Mythos, eine tiefe Inflation würde das Wachstum hemmen, einen empfindlichen Stoss versetzt. Im gleichen Zug hat die Einsicht, dass eine auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik mit einem ausgewogenen Konjunkturverlauf und einem hohen Beschäftigungsgrad vereinbar ist, zugenommen. Diese erfreuliche Entwicklung ist nicht zuletzt dem neuen geldpolitischen Konzept zu verdanken, das wir vor anderthalb Jahren eingeführt haben. Seine drei Elemente sind die klare Definition der Preisstabilität, die Veröffentlichung einer Inflationsprognose und die Kommunikation der Geldpolitik über die Änderung des Zielbandes für den Dreimonats-Libor. Das neue geldpolitische Konzept wurde gut aufgenommen. Es scheint besser verständlich zu sein als die frühere Geldpolitik, die sich an einem Zwischenziel für eine Geldmenge orientiert hatte.

Das heutige Konzept macht es insbesondere einfacher, den Stellenwert des Wechselkurses für die Geldpolitik zu erklären. Am Wechselkurs kann die Nationalbank nicht vorbeigehen, wenn sie ihren Stabilitätsauftrag erfüllen will. Sein Einfluss zeigt sich zunächst in der Definition des Libor-Zielbandes. Mit der Orientierung an einem dreimonatigen Zinssatz und der Festlegung eines Zielbandes verschaffte sich die Nationalbank einen gewissen Spielraum,

um temporären Störungen auf den Geld- und Devisenmärkten entgegenzuwirken. Auch die Definition der Preisstabilität - eine Teuerung unter 2% - ist so gewählt, dass die Geldpolitik auf externe Störungen flexibel reagieren kann.

Der Einfluss des Wechselkurses auf die geldpolitischen Beschlüsse des Direktoriums, die vierteljährlich veröffentlicht werden, läuft vor allem über die Inflationsprognose. Die Inflationsprognose basiert auf einer breiten Erfassung und Analyse aller wichtigen Daten zur Wirtschaftslage in der Schweiz und im Ausland. Unter diesen Variablen befindet sich auch der Wechselkurs. Er beeinflusst die prognostizierte Inflation vor allem über zwei Kanäle. Zum einen führt eine reale Aufwertung des Frankens zu einem Rückgang der Gesamtnachfrage und damit zu einer Abnahme der Produktion und der Beschäftigung. Ein solcher Rückgang wirkt sich mit einer gewissen Verzögerung dämpfend auf die Güterpreise aus. Zum anderen beeinflusst der Wechselkurs die Inflation über die Preise importierter Güter. Eine Höherbewertung des Frankens reduziert die in Franken ausgedrückten Importpreise und dämpft damit die am Konsumentenpreisindex gemessene Teuerung. Im Rahmen der Inflationsprognose versuchen wir, die Wirkungen des Wechselkurses auf die Produktion und die Teuerung zu quantifizieren. Vereinfacht kann man damit sagen, dass die Nationalbank den Wechselkurs in dem Masse berücksichtigt, wie er die Inflationsprognose beeinflusst.

Mit dem neuen geldpolitischen Konzept hält die Nationalbank am Grundsatz einer autonomen Geldpolitik fest. Als Alternative wird mitunter die Bindung des Frankens an den Euro vorgeschlagen. Da die Schweiz nicht Mitglied der EU ist, würde eine solche Politik im Wesentlichen darin bestehen, mit unbeschränkten Devisenkäufen und -verkäufen einen festen nominellen Frankenkurs des Euro zu verteidigen. Damit wären vor allem zwei Nachteile verbunden. Erstens wäre die Nationalbank nicht mehr in der Lage, mit ihrer Geldpolitik auf die Wirtschaftslage im eigenen Land Rücksicht zu nehmen. Die Geldpolitik würde de facto an die EZB delegiert, auf deren Entscheidungen die Schweiz keinen Einfluss hat. Zweitens würden die schweizerischen Zinssätze steigen. Da das Wechselkursrisiko bei einer glaubwürdigen Bindung des Frankens an den Euro verschwindet, müsste das inländische Zinsniveau sich dem höheren europäischen Niveau annähern.

Die Schweiz ist bisher zum Schluss gekommen, dass die Vorteile einer autonomen Geldpolitik überwiegen. Dies braucht nicht zu bedeuten, dass die Nationalbank einen Kurs steuert, der sich von jenem der EZB unterscheidet. Da die Wirtschaftslage in der Schweiz und im

Euro-Gebiet häufig sehr ähnlich ist, gleicht auch die Geldpolitik der Nationalbank oft jener der EZB. Die Nationalbank verfügt aber immer über die Möglichkeit, einen anderen Kurs zu steuern, wenn dies die wirtschaftliche Situation erfordert. Sie machte davon in der Vergangenheit auch Gebrauch. Angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage in der Schweiz führte die Nationalbank in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine expansivere Geldpolitik als die Deutsche Bundesbank und später die EZB. Als die Konjunktur in der Schweiz Ende 1999 rasch in Schwung kam und das Inflationsrisiko wieder zunahm, straffte die Nationalbank die Geldpolitik stärker. Vor kurzem beschlossen wir, den geldpolitischen Kurs angesichts der erhöhten weltwirtschaftlichen Risiken und der verminderten Inflationsgefahr autonom leicht zu lockern.

Mit diesen Bemerkungen zur Geldpolitik komme ich zum Schluss.

III Schlussbemerkungen

Sie haben gemerkt, dass ich die Wachstumsaussichten der schweizerischen Wirtschaft optimistisch beurteile. Meine Zuversicht gründet wesentlich darauf, dass die im letzten Jahrzehnt erfolgte Revitalisierung der Wirtschaft und die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in Richtung von mehr Markt der Schweizer Wirtschaft neue Impulse verliehen und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat. Die jüngste konjunkturelle Unsicherheit vermag diese grundsätzlich positive Einschätzung nicht zu trüben. Selbstverständlich erfordert sie aber eine umsichtige Geldpolitik.

Die langfristige Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft muss für die wirtschaftspolitischen Akteure ein erstrangiges Ziel darstellen. Nur so können wir sicher stellen, dass der Wohlstand zunimmt, der Beschäftigungsgrad hoch bleibt und eine schonende Nutzung der Umwelt gewährleistet ist. Eine Erhöhung des Lebensstandards lässt sich nicht durch blosses Umverteilen von Einkommen erreichen. Gefördert werden müssen vielmehr alle Faktoren, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum begünstigen.

Eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung setzt stabile monetäre Rahmenbedingungen voraus. In den letzten Jahren war die Nationalbank in der glücklichen Lage, dass die Bewegungen des Wechselkurses sie bei ihrem Bemühen, für Preisstabilität und eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung zu sorgen, unterstützte. Wir müssen jedoch damit rech-

nen, dass diese günstige Konstellation in Zukunft nicht immer gegeben sein wird und die Geldpolitik erneut vor heikle Entscheidungen gestellt wird.

Der rasche technologische Fortschritt und die wachsende internationale Verflechtung eröffneten der Schweizer Wirtschaft neue Möglichkeiten. Naturgemäss sind Neuerungen aber auch mit erheblichen Risiken verbunden. Neues muss am Markt zuerst erprobt werden. Vieles setzt sich durch, einiges schlägt fehl. Soll die Wirtschaft prosperieren, müssen Risiken eingegangen werden. Erfolg und Misserfolg liegen deshalb oft nahe beieinander. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten, aber auch die jüngsten Unternehmenskrisen in der Schweiz, haben dies klar vor Augen geführt. Umso wichtiger ist es, in Zeiten raschen Wandels, Mass und Vernunft zu wahren. Wird auch dies beachtet, so stehen die Chancen der Schweizer Wirtschaft an der Schwelle des 21. Jahrhunderts gut.